

„Die Sicherheit Israels
ist nicht verhandelbar.“

(Angela Merkel, 2008)

Wie antizionistisch sind die Deutschen wirklich?

Elisabeth August

(NRW-Landesvorstand *Die Linke.*)

Justus Wertmüller

(Zeitschrift *Bahamas*, Berlin)

Donnerstag, 8. Mai 2008

**19.30 Uhr, Balkensaal Stadthalle Detmold
(Rosental, Eingang vom Schlosspark)**

Veranstalter und v.i.S.d.P.: Georg-Weerth-Gesellschaft e. V., Detmold
Postfach 1424, 32704 Detmold, E-Mail: vorstand@georg-weerth.info

Angela Merkel hat am 18. März 2008 vor dem israelischen Parlament verdeutlicht, dass das Eintreten für das Existenzrecht und die Sicherheit Israels zur Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland gehört.

Damit entzieht sie diesen Teil der Außenpolitik dem Parteienstreit und dem Urteil des Wahlvolks. Im „besonderen Verhältnis“ Deutschlands zum Staat Israel, das mit der Verantwortung für die Judenvernichtung begründet wird, sieht der deutsche Staat eine wichtige Legitimationsgrundlage für sein außenpolitisches Handeln.

Merkel weiß um die Leugner und Relativierer der Shoah im eigenen Land. Sie kennt die Umfrageergebnisse, nach denen mehr Deutsche in Israel ein Sicherheitsrisiko sehen als im Iran. Sie weiß, dass Antisemitismus in unterschiedlichen Formen in Deutschland virulent ist.

Und sie weiß auch um die guten deutschen Handelsbeziehungen zu Israels erklärtem Todfeind Iran, die trotz der UN-Sanktionen und des Drucks der USA weiter florieren, teilweise über die Emirate.

Die Kanzlerin weiß also, dass die deutsche Staatsräson wahrscheinlich in jedem Plebiszit durchfallen würde.

Die deutsche Linke hatte und hat ein besonderes vertracktes Verhältnis zu Israel. In der Frühzeit des jüdischen Staates waren durchaus Sympathien für ihn vorhanden. Er galt als Staat der überlebenden Nazi-Opfer, als emanzipatorisches Projekt und teilweise als sozialistisches Experiment. Nach 1967 war es mit der Sympathie bei der BRD-Linken vorbei, weil die verhasste Springer-Presse von „Israels Blitzkrieg“ faselte. Das reichte anscheinend schon, um die Sympathie für die Nazi-Opfer in Feindschaft zu den „neuen Nazis“ (den Israelis) und Sympathie für „die Opfer der Opfer“ (die Palästinenser) umschlagen zu lassen. Der „Antizionismus“, in der DDR schon Staatsdoktrin, behauptete von sich, nichts gegen Juden zu haben, aber die Zionisten und ihren Staat Israel weltweit zu bekämpfen, Seite an Seite mit den diversen palästinensischen Terrorgruppen, die zu „Befreiungsbewegungen“ geadelt wurden. Bis heute ist der mit einem mehr oder weniger diffusen *Antiimperialismus* gekoppelte *Antizionismus* in der Linken die vorherrschende Position, obwohl es seit 1991 linke Gruppen mit dezidiert israelsolidarischer Haltung („Antideutsche“) gibt, obwohl sich die Befreiungsrhetorik der arabischen Terrorgruppen für Linke mit ihrem Bezug auf den Islam endgültig diskreditiert haben müsste.

In jüngster Zeit hat in der Partei *Die Linke.* ein Streit um das Verhältnis zu Israel begonnen, in dem sich Gregor Gysi neulich dezidiert für eine Revision von Antizionismus und Antiimperialismus ausgesprochen und linke Solidarität mit Israel eingefordert hat.